

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 08/2016

23. Jahrgang

24. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 2. November 2016

Gesundes Frühstück an allen Grundschulen

LINKE bringt Modellprojekt auf den Weg

„Ein leerer Bauch studiert nicht gern.“, sagt schon ein altes Sprichwort. Leider ist es für eine große Zahl von Kindern in Potsdam trotzdem traurige Realität. Sie kommen morgens



ohne Frühstück in die Schule und auch die Brotbüchse bleibt häufig leer. Solche Fälle kennen die meisten Potsdamer Lehrer. Wie AWO-Geschäftsführerin Angela Basekow schilderte, sind selbst in der reichen Stadt Potsdam 20-30% der Kinder von Armut betroffen. In zahlreichen wissenschaftlichen Studien ist belegt, dass Kinder, die mit einem leeren Magen in den Schultag starten, deutlich unkonzentrierter am Unterricht teilnehmen und in der Folge auch weniger leistungsfähig sind.

Seit 2007 bietet die AWO mit ihrem Projekt „Spirellibande“ an inzwischen sieben Schulen der Stadt ein kostenloses, ausgewogenes und gesundes Frühstück an. Dort wird es täglich von über 300 Kindern genutzt. Anfragen von fünf weiteren Schulen liegen bereits vor. Damit ist das ausschließlich aus Spenden und ehrenamtlichem Engagement realisierte Projekt überfordert.

Gemeinsam mit der AWO hatte DIE LINKE deshalb einen Antrag auf den Weg gebracht,

mit dem an allen Potsdamer Grundschulen möglichst schon ab dem kommenden Schuljahr ein solches Angebot etabliert werden soll. Dazu soll im Rahmen eines Modellprojekts auch die

Kooperation mit dem Bildungs- und Sozialministerium auf Landesebene gesucht werden. In der Umsetzung sind bildungspolitische Aspekte ebenso wichtig wie soziale. Der Projektcharakter wie die gemeinsame Zubereitung des Frühstücks mit den Kindern sowie gesunde Zutaten und Ausgewogenheit des Angebots sollen auch bei einer flächendeckenden Versorgung an allen Schulen erhalten bleiben. Große Caterer, die in anderen Kommunen vermeintlich kostenlose Angebote auf ihre Mittagsversorgung „aufsatteln“, erfüllen diesen Anspruch nicht.

Nach Bekanntwerden des Antrages der LINKEN hatte sich auch die SPD beeilt, mit einem weitgehend inhaltsgleichen Vorschlag in die SVV zu gehen. In der Debatte gelang es aber schnell, die wenigen Ergänzungen des zweiten Antrags in den Antrag der LINKEN zu integrieren. Der Versuch der CDU, das Anliegen noch einmal zur Diskussion in die Ausschüsse zu verweisen, wurde denn auch von einer übergroßen Mehrheit im Plenum zurückgewiesen. Letztlich stimmten die Stadtverordneten nahezu einstimmig für den Beschlussvorschlag der LINKEN. Das ist ein großer Erfolg für Potsdams Kinder. Wie die Umsetzung wirklich gelingt, wird die Fraktion allerdings genau beobachten.

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer, Nach dem sitzungsfreien Oktober folgte am 2. November eine insgesamt ruhige Plenarsitzung, in der Licht und Schatten wieder nahe beieinander lagen.

Ein echter Erfolg war der Beschluss für einen Modellversuch zur Einführung eines kostenlosen Frühstücks an Potsdamer Grundschulen. Dazu hatte die Linksfraktion einen Antrag eingebracht. Ein ähnlicher Antrag kam auch von der SPD-Fraktion. Es ist erfreulich, dass die SPD letztlich unserem konkreten Vorschlag folgte, beide Anträge zusammenzuführen und den Auftrag an den Oberbürgermeister sofort zu beschließen. Im März 2017 soll Herr Jakobs das Ergebnis der Prüfung vorlegen, um den Modellversuch mit dem neuen Schuljahr starten zu können. Ich hoffe darauf, dass sich die SPD jetzt endlich auch bewegt, wenn wir im Zusammenhang mit dem Haushalt 2017 erneut beantragen werden, dass in Potsdam sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler den Anspruch auf ein kostenloses Mittagessen erhalten.

Bedauerlich ist, dass unser Vorstoß zur Reduzierung der geplanten Erhöhung der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr von der Rathauskooperation zurückgewiesen wurde. Bekanntlich planen die Potsdamer Verkehrsbetriebe trotz der guten Einnahmeentwicklung durch steigende Fahrgastzahlen eine Erhöhung, die deutlich über den Empfehlungen des VBB liegt. So soll u.a. das Kurzstreckenticket nicht nur von 1,40 auf 1,50 Euro erhöht, sondern auch die Anzahl der Stationen von 6 auf 4 reduziert werden. Die Rathauskooperation lehnte unseren Antrag mit fadenscheinigen Argumenten ab.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



„In Deutschland nutzen so viele Menschen wie nie zuvor öffentliche Verkehrsmittel“

Diese Feststellung des Statistischen Bundesamtes basiert auf einer Einschätzung aus dem Jahr 2013. Diesem Trend folgend, haben wir vor wenigen Tagen mit dem 1. Spatenstich zur Verlängerung der Tram bis zum Campus Jungferndorf einen weiteren Mosaikstein für ein attraktives ÖPNV-Netz in Potsdam hinzugefügt. Auf dem noch anzulegenden Parkplatz sollen Pendler aus dem nördlichen Umland vom Auto auf die Tram umsteigen. Doch allein der Ausbau der Streckennetze reicht nicht aus, um Autofahrer zu ÖPNV-Nutzern zu machen. Es müssen Anreize zum Umstieg geschaffen werden. Dazu gehört mehr als nur die Erweiterung des Streckennetzes. Der Umstieg vom Auto auf den ÖPNV muss ohne große Wege möglich sein und die Preise für den ÖPNV dürfen nicht ins Unendliche steigen. Sie müssen so gestaltet sein, dass sich ein Umstieg lohnt, dass kurze Takte und größere Züge ein entspanntes Fahren ermöglichen, dass sowohl im Tram- als auch im Busbereich Haltestellen attraktiv gestaltet werden, d. h., Überdachungen und Sitzgelegenheiten auch an der kleinsten Haltestelle müssen vorhanden sein. Nicht zuletzt muss der Beschluss der Stadtverordneten zum Rauchverbot im überdachten Haltestellenbereich in vollem Umfang umgesetzt werden. Für all das werde ich mich weiterhin als Mitglied des Aufsichtsrates des VIP einsetzen.



Ihre Birgit Müller, Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Luftschiffhafen im Fokus

Abschluss einer Zielvereinbarung verzögert sich weiter

Der von der LINKEN bereits 2014 angestoßene Evaluationsprozess zur Entwicklung des Geländes nach Gründung der Luftschiffhafen GmbH hatte nach der Vorstellung der Ergebnisse ja zu intensiven Diskussionen in der Stadt geführt. Die Schlussfolgerungen und Empfehlung der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG ernteten ein kontroverses Echo. DIE LINKE hatte sich bereits in diesem Zusammenhang dezidiert gegen eine verstärkte Kommerzialisierung der Sportstätten zu Lasten der Potsdamer Vereine und Sporttreibenden ausgesprochen.

Nicht zuletzt deshalb hatte die Fraktion im Frühjahr beantragt, dass die Zielvereinbarung zur weiteren Entwicklung des Geländes der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt werden sollte. Dies sollte ursprünglich im November geschehen. In Beantwortung einer Anfrage des Stadtverordneten Wollenberg teilte die zuständige Beigeordnete nun mit, dass sich dieser Prozess weiter verzögern werde. Analog zum städtischen Leitbildprozess arbeite die Luftschiffhafen GmbH u.a. mit ihrem Beirat nun zunächst an der Entwicklung eines Zielbildes, aus dem dann die konkreten Ziele abgeleitet werden sollen. Zusätzlich habe die Pro Potsdam als Gesellschafter der Luftschiffhafen GmbH erneut die KPMG beauftragt, eigene Entwicklungsempfehlungen aus dem Evaluationsbericht zu erarbeiten.

Die genaue Aufgabenstellung an die KPMG hält die Pro Potsdam allerdings unter Verschluss - auch gegenüber der Stadt. Transparenz sieht anders aus!

Das zeigte sich auch bei einem weiteren Antrag der LINKEN, der den Luftschiffhafen betraf. Nach der Übernahme des Wohnheims der Sportschule durch die LSH GmbH war es wiederholt zur Kündigung von Mietverträgen bei SchülerInnen gekommen, die keinen sportlichen Leistungsauftrag mehr hatten. Sie sollten das Wohnheim verlassen und durch die Stadt anderweitig untergebracht werden, in der Regel im Azubi-Wohnheim am Schlaatz. Schon im Sommer 2015, nach Bekanntwerden der ersten Fälle dieser Art hatte sich der Bildungsausschuss klar dafür ausgesprochen, möglichst alle Schüler der Sportschule auch im dortigen Wohnheim unterzubringen. Eine Umsetzung sollte nur dann erfolgen, wenn die Kapazitäten am Standort ausgelastet sind. Dennoch wurde auch im aktuellen Schuljahr in Einzelfällen wieder anders verfahren.

Mit ihrem Antrag will DIE LINKE erreichen, dass das vom Bildungsausschuss gewünschte Verfahren verbindlich festgelegt wird. Eine Umsetzung von SchülerInnen aus anderen als Kapazitätsgründen lehnt die Fraktion strikt ab. Der Antrag wurde noch einmal in den Bildungsausschuss überwiesen.

Fragen – Antworten

Abfallkörbe im Stadtbild

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg stellte fest, dass die Installation neuer, krähensicherer Abfallbehälter zu einer Reduzierung der Anzahl und der Standorte geführt habe und wollte wissen, warum die bisherigen Behälter nicht 1:1 ausgetauscht würden. Für die Stadtverwaltung verwies Herr Goetzmann auf das noch in Erarbeitung befindliche Abfallkonzept der Stadt, das im Dezember im Ausschuss für Klima, Ordnung und Umweltschutz vorgestellt werden soll.

Er konnte in der Reduzierung von Standorten keine Verringerung der Qualität erkennen, da die neuen Behälter häufig ein entsprechend höheres Fassungsvermögen aufwiesen, die Stadt für besonders frequentierte Standorte gar Behälter mit integrierter Müllpresse teste.

Attika-Figuren des Stadtschlusses

Die SVV hatte den Oberbürgermeister beauftragt, sich um die Rückführung der Attika-Figuren des Stadtschlusses zu bemühen, die

heute den Bau der Humboldt-Universität in Berlin zieren. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg erkundigte sich nach dem gegenwärtigen Stand der Bemühungen. Der OB teilte mit, dass die Denkmalschutzbehörden Berlins und Potsdams bereits unterschiedliche Positionen vertreten und eine Einigung daher derzeit nicht absehbar sei. Den Vorschlag Scharfenbergs, alternativ über eine Ausgestaltung der Stadtschlusssade mit zeitgenössischen Motiven nachzudenken, wolle er in die Debatte mitnehmen, so Jakobs.

Gedenktafel für Hannah Ahrendt

Sascha Krämer wollte wissen, ob es möglich sei, eine Gedenktafel für die Politikwissenschaftlerin und Publizistin Hannah Ahrendt anzubringen, die in den 1920er Jahren in der Babelsberger Merkurstraße gelebt und gewirkt hatte. Frau Dr. Magdowski antwortete, dass dies mit dem Einverständnis des derzeitigen Hauseigentümers und auf Basis einer Kostenübernahme durch den Antragsteller im Grundsatz möglich sei. Entsprechende Bemühungen habe die Verwaltung allerdings noch nicht unternommen.

Beschlossen

Wohnungstauschzentrale für Potsdam

Gemeinsam mit den Wohnungsunternehmen soll die Stadt ein Konzept erarbeiten, dass den Wohnungstausch in Potsdam erleichtert und eine zentrale Anlaufstelle schafft. Dieses Anliegen der LINKEN, auch Bestandteil des bereits beschlossenen Wohnungspolitischen Konzepts wird nun umgesetzt. Der Oberbürgermeister muss der SVV im März 2017 über den Stand der Umsetzung berichten.

Jan-Bouman-Haus

In einen Prüfauftrag umgewandelt wurde der Antrag der LINKEN, dass der Jan-Bouman-Haus e.V. weiter bei der Erhaltung der öffentlichen Zugänglichkeit des Museums und bei der Grundfinanzierung unterstützt wird, indem der Vertrag mit der Landeshauptstadt aus den 90er Jahren den heutigen Gegebenheiten angepasst wird. Die SVV ist bereits in der kommenden Sitzung im Dezember über das Prüfergebnis zu informieren.

Uferweg Speicherstadt

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der SVV bis März 2017 eine Kostenschätzung für die Realisierung des Uferwegs in der Speicherstadt vorzulegen. Außerdem sind Gespräche mit dem Landesumwelt- und dem Bauministerium zu führen, um mögliche Hindernisse für eine Förderwürdigkeit auszuschließen.

Touristeninformation am Hauptbahnhof

Mit der Erarbeitung des Tourismuskonzepts ist durch die Verwaltung zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Tou-

risten-Information am Hauptbahnhof erhalten werden kann. In dieser durch den Hauptausschuss geänderten Variante folgten die Stadtverordneten dem Antrag der LINKEN. Das Ergebnis soll im Januar 2017 vorliegen.

Darüber hinaus soll die Tourismus-Marketing und Service GmbH einen Aufsichtsrat erhalten. Auch diesem Antrag der LINKEN stimmte die SVV mehrheitlich zu.

Schulwegsicherung in Potsdam-West

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie der Zugang von der Montessori-Oberschule zur Bushaltestelle und dem Zebrastrifen Forststraße / Schlüterstraße befestigt werden kann. Ein Prüfergebnis ist im Dezember 2016 vorzulegen.

Überwiesen

Düstere Teiche

Konkrete Maßnahmen zur Rettung des austrocknenden Biotops der "Düsteren Teiche" im Waldgebiet "Katharinenholz" im Potsdamer Norden sollen nach dem Willen der Stadtverordneten zunächst noch im Umweltausschuss beraten werden. Damit wird eine zügige Realisierung dieses Anliegens unwahrscheinlich.

Depots für Museum und Bibliothek

Sowohl für das Potsdam-Museum als auch für die Stadt- und Landesbibliothek sind derzeit keine ausreichenden Kapazitäten vorhanden, um deren Bestände fachgerecht zu lagern. Der Oberbürgermeister soll deshalb beauftragt werden, ein Konzept für die Schaffung ausreichender Depotflächen zu erarbeiten. Dieses soll im März 2017 vorliegen. Der Antrag wird in den Kultur- und den KIS-Werksausschuss überwiesen.

Abgelehnt

Badespaß im Stadtkanal

Nach den öffentlichen Auseinandersetzungen um das diesjährige "Mitternachtsbaden" vor dem traditionellen Kanalsprint im Stadtkanal in der Yorkstraße hatte die LINKE vorgeschlagen, künftig eine legale Nutzung im Vorfeld des Kanalsprints zu ermöglichen. Neben verschiedenen Bedenken hinsichtlich der Wasserqualität trug die Verwaltung vor, dass die Veranstaltung aufgrund der immensen Kosten der Kanalflutung bereits im kommenden Jahr nicht mehr stattfinden werde. Der Antrag wurde abgelehnt.

VIP-Fahrpreiserhöhung zurücknehmen

Zumindest die Reduzierung der Kurzstrecke von sechs auf vier Stationen sollte die Stadt rückgängig machen. Nur über diesen Punkt kann der Verkehrsbetrieb ohne Einverständnis des VBB entscheiden. Die Mehrheit der Stadtverordneten folgte diesem Anliegen jedoch nicht.

Räume für Unabhängige Patientenberatung

Die Unabhängige Patientenberatung (UPD), die Ratsuchende kostenfrei in gesundheitlichen sowie gesundheits- und sozialrechtlichen Fragen berät, ist derzeit in der Wetzlarer Straße angesiedelt, eine Lage, in der sie nur schwer gefunden und schlecht erreicht werden kann. Die Verwaltung soll deshalb bei der Suche nach geeigneten Räumen in zentraler Lage unterstützen. Der neue Sozialbeigeordnete Mike Schubert teilt mit, dass Gespräche mit dem SekIZ e.V. laufen, ein Vertrag sei aber noch nicht abgeschlossen. Dennoch wird der Antrag von einer Mehrheit der Stadtverordneten zurückgewiesen.

Mieterschutz bei Wohnungsverkäufen sichern

Das wohnungspolitische Konzept der Landeshauptstadt sieht den Erhalt und Ausbau von Wohnraum in städtischer Hand vor. Dennoch kann es aus wirtschaftlichen Gründen im Einzelfall erforderlich sein, kleine, einzelne Objekte, die sich nicht wirtschaftlich oder auch nicht sozialverträglich sanieren lassen, zu veräußern. Die Pro Potsdam ist auf die Erlöse aus solchen Verkäufen angewiesen, um Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an anderer Stelle finanzieren zu können. Aktuell ist die Tuchmacherstraße 8 in Ba-

belsberg von einer solchen Verkaufsabsicht betroffen.

Wenn solche Verkäufe erforderlich sind, muss allerdings der Mieterschutz im Vordergrund stehen. Das schließt Verkäufe im Höchstgebotsverfahren, wie auch hier von der Pro Potsdam beabsichtigt, eigentlich aus. In jedem Fall aber sind die Interessen der betroffenen Mietparteien vorrangig zu sichern. Dazu beschäftigte sich das Plenum mit zwei Anträgen. Der von der SPD eingebrachte Antrag, der auf die Berücksichtigung von Mieterinteressen

im Verkaufsprozess und deren Verankerung in den Kaufverträgen zielte, wurde mehrheitlich bestätigt. Mit einem Änderungsvorschlag gelang es der LINKEN, den Mieterwunsch auch als verbindliche Grundlage für die Vertragsgestaltung festzulegen. Ein Antrag der Anderen, die Verkäufe im Höchstgebotsverfahren künftig generell ausschließen wollten, fand dagegen bedauerlicherweise keine Mehrheit. Dabei hatten die Stadtverordneten genau das eigentlich bereits mit dem wohnungspolitischen Konzept beschlossen.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils 18 Uhr

14.; 21. und 28. November 2016;
05.; 12. und 19. Dezember 2016

25. Sitzung der Stadtverordneten- versammlung

Stadthaus, Plenarsaal

07. Dezember 2016, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen Rathausreport Live

11. Dezember 2016, Beginn 10 Uhr

Haus der Begegnung

Zum Teufelssee 30 (Stadtteil Wald-
stadt II)

Ausgabe des „Rathausreport“ Nummer 09/2016

Stadthaus, Raum 3.107

16. bis 20. Dezember 2016 (außer
Sa. und So.)

Info- Stände in den Stadtteilen

16. und 17. Dezember 2016

Mit der Ausgabe des „Rathausreport“
und Informationen zu den Ergebnissen
der 25. Sitzung der Stadtverordneten-
versammlung am 07. Dezember 2016

Bürgersprechstunde

Dr. Hans- Jürgen Scharfenberg

(MdL) und Fraktionsvorsitzender

Am 22.11. 2016

von 17 Uhr im Bürgerbüro, Gali-
leistraße 37/39 (Bürgerhaus
Stern*Zeichen)

Voranmeldungen sind möglich

unter: Tel: 0331/6005069 Mail:
buero.scharfenberg@gmx.de

„Wir bleiben dran – im Sinne der Bürgerinnen und Bürger“

Es ist wohl schon Tradition: Wenn der LINKEN-Fraktionsvorsitzende der SVV, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, in seinen Wahlkreis zum Politischen Frühschoppen „Rathausreport live“ einlädt, braucht er sich um Publikum nicht zu sorgen. So auch am Sonntag, 6 November, im Bürgerhaus „Stern*Zeichen“. Gemeinsam mit der Fraktionsgeschäftsführerin Dr. Sigrid Müller informierte er über die 24. SVV vom 2. November und stand außerdem, wie gewohnt, allen Fragen der Anwesenden zur Verfügung.

Im ersten Teil ging es um einige Themen, die auf der SVV beraten wurden, die auch für die gesamte Stadt von Bedeutung sind. So berichtete er von der Übergabe der TOP 20 des Bürgerhaushaltes und von der neuen Städtepartnerschaft der Stadt mit dem afrikanischen Sansibar-Stadt.

Weiter ging es mit den Problemen aus der sogenannten Fragestunde und darüber hinaus. So um die Frage, die BürgerInnen im Zusammenhang mit den Standorten und der Reduzierung von Abfallbehältern stellten: Warum gibt es davon weniger am Keplerplatz? Scharfenberg erläuterte, dass es zahlenmäßig wirklich weniger Abfallbehälter in der Stadt seien. Jedoch sei deren Fassungsvermögen wesentlich größer als bei den alten Behältern. Letztlich müsse man nun darauf achten, ob die neue Anzahl ausreichend ihren Zweck erfüllt. Ansonsten müsse eben „nachgebessert werden“.

Potsdam braucht eine Wohnungstauschzentrale! Mit dem Beschluss eines LINKEN-Antrags ist der OB nun beauftragt, deren Einrichtung zu initiieren. Denn – so der Fraktionschef – eine solche Einrichtung wäre für die BürgerInnen, für die Stadt und für die Wohnungsunternehmen von Nutzen.

Lobend erwähnte der Fraktionsvorsitzende auch, dass endlich der Radweg Schlaatz–Am Stern gebaut wird. Und das auch nach jahrelangem Druck von Seiten der LINKEN - schon 2001, im BUGA-Jahr, sollte diese Verbindung fertig sein! Was lange währt wird (hoffentlich) gut, bliebe da nur zu sagen.

Sehr kritisch bewertete Scharfenberg die Ablehnung einer Wiedereinrichtung der Ab- und Ausfahrt von der Nutheschneelstraße

zum Wohngebiet Zentrum Ost durch die Verwaltung. Er erinnerte an die einhellige Forderung in einer diesbezüglichen Anwohner-versammlung. Die Stadt verschanze sich jetzt hinter nicht nachvollziehbaren immensen Kosten für eine Wiedereöffnung. Scharfenberg: „Da stellt sich die Frage: Wie ernst nimmt die Stadt Bürgeranliegen?“ Und: „Wir bleiben im Sinne der BürgerInnen dran an dem Problem!“

Als „Weg in die richtige Richtung“ bewertete er die Erweiterung der Anzahl an SchulsozialarbeiterInnen bis 2023 in unserer Stadt, so wie es in dem bereits beschlossenen Konzept verankert ist. Als eine „öffentliche Aufgabe“ bezeichneten Scharfenberg und Müller weiter das Modellprojekt „Offenes Frühstücksbuffet“ an allen Potsdamer Grundschulen“. Der Bedarf sei vorhanden, so Sigrid Müller. Hierzu hatte DIE LINKE einen Antrag eingereicht. Dann kam die SPD-Fraktion mit einem ähnlichen Antrag. Kurzum: Nach eingehender Beratung einigten sich LINKE und SPD auf einen gemeinsamen Antrag, der dann auch breite Zustimmung fand. Die bisher ehrenamtliche Arbeit der „Spirellibande“ zeugt eindrucksvoll von der Notwendigkeit einer solchen Initiative. Nach Meinung der LINKEN muss dem auch nun endlich das kostenlose Mittagessen für bedürftige SchülerInnen folgen. Weiter wurde die Novellierung der Kita-Finanzierungsrichtlinie positiv gewertet, um die ja schon seit 2013 zwischen der Stadt und den Kita-Trägern gerungen wird.

Der Schulneu- und Erweiterungsbau an der Coubertin-Schule in der Gagarinstraße Am Stern nahm weiteren Raum auf dem Politfrühschoppen ein. So konnte Scharfenberg informieren, dass der erste Bauabschnitt im Januar 2017 gestartet wird. Ende März 2017 ist der Beginn des zweiten Bauabschnitts, der Neubau einer neuen Turnhalle mit vier Feldern plus Freisportflächen, vorgesehen. Gerade Letzteres ist ein Gewinn für die am Stern ansässigen Sportvereine – also „eine echte Verbesserung für den Breitensport“, so Scharfenberg. Beide Bauvorhaben sollen ab dem Schuljahr 2018/19 fertig sein und genutzt werden können. -bm

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen
Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam